

Geschäftsbericht 2018



Öffentliche Versicherung Bremen

Inhalt

Gremien

- 5 Organe der Öffentlichen Versicherung Bremen
- 8 Beirat

Öffentliche Versicherung Bremen

- 9 Lagebericht
- 26 Gewinnverwendungsvorschlag
- 27 Jahresabschluss
- 42 Bestätigungsvermerk
- 48 Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsbehörde und Trägerversammlung der Öffentlichen Versicherung Bremen

Aufsichtsbehörde

Die Senatorin für Finanzen

Trägerversammlung

Hermann Kasten
Vorsitzender des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe
stellv. Vorsitzender

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ

Peter Klett
Vorsitzender des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Dr. Heiko Staroßom
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG

Aufsichtsrat der Öffentlichen Versicherung Bremen

Ordentliche Mitglieder

Hermann Kasten
Vorsitzender des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe
stellv. Vorsitzender

Christian Bruns
Geschäftsführer i. R.
Vorsitzender des Beirats

Christian Veit
Regionalvorstand
NORD/LB Verbundkunden
Norddeutsche Landesbank GZ

Peter Klett
Vorsitzender des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Dr. Heiko Staroßom
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG
bis 31.8.2018

Petra Vettters*
Sachbearbeiterin

Martina Zachrau*
Sachbearbeiterin

Markus Westermann*
Gewerkschaftssekretär der ver.di

* Arbeitnehmervertreter/innen

Aufsichtsrat, Vorstand, verantwortliche Aktuarin der Öffentlichen Versicherung Bremen

Aufsichtsrat Stellvertretende Mitglieder

Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover

Dr. Ulrich Knemeyer
stellv. Vorsitzender des Vorstands seit 1.4.2019
Landschaftliche Brandkasse Hannover

Andreas Möller
Generalbevollmächtigter seit 1.1.2019
Direktor
Landschaftliche Brandkasse Hannover

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ, Hannover

Alexander zu Putlitz
Mitglied des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Joachim Döpp
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG
bis 31.8.2018

Vorstand

Frank Müller
Sprecher des Vorstands

Dirk Wurzer
Mitglied des Vorstands

Verantwortliche Aktuarin

Angelika Müller

Beirat der Öffentlichen Versicherung Bremen

Mitglieder

Jens Bieniek
Mitglied des Vorstands
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Christian Bruns
Geschäftsführer i. R.

Matthias Ditzen-Blanke
Verleger
Nordsee-Zeitung GmbH

Dr. Matthias Fonger
Hauptgeschäftsführer und I. Syndikus
Handelskammer Bremen

Melf Grantz
Oberbürgermeister der
Stadt Bremerhaven

André Grobien
Geschäftsführender Gesellschafter
Lampe & Schwartze KG

Bürgermeisterin Karoline Linnert
Senatorin für Finanzen

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ, Hannover

Manfred Sydow
Mitglied des Vorstands
GEWOBA Wohnen und Bauen AG

Alexander zu Putlitz
Mitglied des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Lagebericht

Bericht des Vorstands

Geschäftsmodell

Die Öffentliche Versicherung Bremen (ÖVB) ist in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts als Versicherungsunternehmen tätig. Sie ist Marktführer in ihrem Geschäftsgebiet, dem Staatsgebiet der Freien Hansestadt Bremen, und betreibt das Geschäft im Interesse ihrer Versicherungsnehmer und des gemeinen Nutzens. Im Handelsregister A des Amtsgerichts Bremen ist die Gesellschaft unter der Nummer HR A 22247 HB eingetragen.

Träger der Öffentlichen Versicherung Bremen sind die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Sparkasse Bremen (bis 30.9.2018), die Norddeutsche Landesbank (bis 1.1.2019) sowie die Weser-Elbe Sparkasse (bis 14.12.2019). Die Landschaftliche Brandkasse Hannover ist als verbundenes Unternehmen (Mutterunternehmen) im Sinne von § 271 Abs. 2 HGB anzusehen.

Der Jahresabschluss der Öffentlichen Versicherung Bremen wird in den Konzernjahresabschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, als Tochterunternehmen einbezogen. Der Konzernabschluss wird beim Amtsgericht Hannover hinterlegt und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Im Rahmen der engen Kooperation mit den VGH Versicherungen (VGH), die seit den achtziger Jahren besteht, wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Die Öffentliche Versicherung Bremen betreibt die Sachversicherung und die private Haftpflichtversicherung. Lebensversicherungen vermitteln die gemeinsamen Vertriebsorganisationen an die Provinzial Lebensversicherung Hannover; das Krankenversicherungsgeschäft an die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG. Gewerbliches Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutzversicherungsgeschäft sowie technische Zweige und Transportversicherungen werden für die Landschaftliche Brandkasse Hannover vermittelt.

Durch das gemeinsame Auftreten als „Öffentliche Versicherungen Bremen“ der im Rahmen dieser Kooperation beteiligten öffentlich-rechtlichen Versicherer wird das umfassende Leistungsangebot im Land Bremen sichergestellt. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse schnell und flexibel in neue Produkte umzusetzen. Die Optimierung der Geschäftsprozesse unterstützt dabei Schnelligkeit und Flexibilität im Angebot und ermöglicht ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kunden.

Unsere Hauptvertriebswege – die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen – gewährleisten eine hohe Servicequalität vor Ort. Traditionell arbeitet die ÖVB im Bremer Markt als historisch gewachsenem Maklerplatz zudem mit ausgewählten Assekuradeuren und Maklerhäusern zusammen, um unsere Wettbewerbsposition zu stärken.

Das Geschäftsmodell basiert auf den Grundsätzen der Fairness, Gegenseitigkeit und Regionalität sowie der unternehmerischen Selbstständigkeit und Gemeinwohlorientierung. Wir setzen auf evolutionären Wandel und nachhaltiges Handeln im ökonomischen, ökologischen und sozialen Sinne.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, orientieren wir uns an folgenden Unternehmenszielen:

- Auskömmlichkeit des versicherungstechnischen Kerngeschäfts
- Marktführerschaft im Geschäftsgebiet
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Unser übergeordnetes Ziel ist die Erwirtschaftung eines durchschnittlich leicht positiven versicherungstechnischen Ergebnisses, um die langfristige Tragfähigkeit des Geschäftsmodells zu sichern.

Die Trägeranteile sind zum 1.1.2019 zu 100 Prozent von der Landschaftlichen Brandkasse Hannover übernommen worden. Zum 1.1.2019 erfolgte rückwirkend die Bestandsübertragung aller Versicherungsverträge und sonstiger Verpflichtungen auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover. Die Genehmigungen zur Bestandsübertragung erfolgten durch die BaFin mit Schreiben vom 26.2.2019 und durch die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen mit Schreiben vom 5.3.2019.

Die ÖVB hat zum 1.1.2019 den Geschäftsbetrieb für Versicherungen eingestellt.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Kapitalmärkte

Die Europäische Zentralbank hat in 2018 an ihrer Strategie der lockeren Geldpolitik festgehalten, im September jedoch den schrittweisen Ausstieg konkretisiert. Das umstrittene Anleihe-Aufkaufprogramm ist Ende 2018 ausgelaufen. Der Leitzins im Euroraum wird jedoch auf dem Rekordtief von null Prozent und der Einlagezins für Banken bei der Notenbank bei – 0,4 Prozent unverändert fortgeschrieben.

Der deutsche Rentenmarkt war daher weiterhin von einer hohen Volatilität auf äußerst niedrigem Niveau geprägt. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen startete zu Jahresbeginn mit 0,42 Prozent und stieg im Laufe des Februars auf den Jahreshöchstwert von 0,76 Prozent. Nach einem ausgeprägten Abwärtstrend im vierten Quartal lag die Rendite zum Jahresende bei 0,25 Prozent. Demgegenüber erhöhte die US-Notenbank den Leitzins in mehreren Schritten auf das Niveau von 2,25 Prozent und 2,50 Prozent.

Die Furcht vor einer Ausweitung der Handelsbeschränkungen, Rezessionsängste aufgrund der inversen US-Zinsstruktur und die anhaltenden Unsicherheiten hinsichtlich des Brexits belasteten die Entwicklungen auf den Aktienmärkten erheblich. Die Jahresperformance des deutschen Leitindex DAX lag bei – 18,3 Prozent, die des MSCI World in Euro gerechnet bei rund – 6,0 Prozent.

Konjunkturelles Umfeld

Der weltwirtschaftliche Aufschwung setzte sich fort, jedoch mit leichter Abschwächung. Risiken aus den Überauslastungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, den verschlechterten Finanzierungsbedingungen in vielen Schwellenländern, den Verschärfungen der handelspolitischen Konflikte und den bestehenden Unsicherheiten bei den Brexit-Verhandlungen nahmen zu. Insgesamt rechnet das ifo Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) in seiner Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft mit 3,2 Prozent in 2018.

Die Wirtschaft im Euroraum befand sich auf einem stabilen, aber abgeschwächten Wachstumskurs. Das ifo Institut rechnet für das Jahr 2018 in der Eurozone mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 1,9 Prozent. Getragen wurde die Entwicklung durch die privaten und öffentlichen Konsumausgaben und Investitionstätigkeiten. Der Außenhandel dämpfte jedoch die konjunkturelle Dynamik leicht. Die Inflationsrate wird für 2018 ca. 1,8 Prozent betragen.

Der Konjunkturverlauf in Deutschland ist als gut einzuordnen. Entsprechend der gesamteuropäischen Entwicklung kühlte sich der Konjunkturverlauf langsam ab. Deutschland erreichte in 2018 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, nachdem im Vorjahr ein Anstieg von 2,2 Prozent verzeichnet werden konnte. Die hohe gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung stand einer kräftigeren Ausweitung der Produktion entgegen. Es zeichnete sich aber auch zunehmend ein rückläufiges Exportklima ab, vor allem in den europäischen Absatzmärkten. Die schwache inländische Nachfrage, insbesondere seitens der privaten Haushalte, überraschte, da die Beschäftigung sowie die Arbeitseinkommen kräftig expandierten. Robust zeigten sich die Unternehmensinvestitionen sowie die Investitionen in Wohnbauten. Die Verbraucherpreise stiegen in 2018 um ca. 1,9 Prozent an.

Deutscher Versicherungsmarkt

Der gute Konjunkturverlauf, die seit Jahren steigende Beschäftigung und die anziehenden Löhne eröffneten den privaten Haushalten und deutschen Wirtschaftsunternehmen Spielräume für zusätzliche Absicherungen. Andererseits belasteten die anhaltend niedrigen Zinsen und die verschärfte Regulierung das Versicherungsgeschäft spürbar. Da sich die Versicherungsunternehmen den geänderten Rahmenbedingungen zunehmend angepasst haben, sieht die deutsche Versicherungswirtschaft insgesamt gute Wachstumspotentiale in ihren unterschiedlichen Geschäftsfeldern.

Die aktuellen Prognosen für den gesamten deutschen Versicherungsmarkt lässt eine Steigerung der Beitragseinnahmen in 2018 von 2,6 Prozent erwarten. Die Schaden-/Unfallversicherungen vereinnahmten ein Beitragsvolumen von ca. 70,6 Milliarden Euro mit einem Beitragsanstieg von 3,3 Prozent. Diese Entwicklung ist in der Sachversicherung (+ 4,4 Prozent) einerseits auf steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen zurückzuführen, andererseits erfolgten in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung spürbare Beitragsanpassungen.

Die Schäden durch außerordentliche Sturm-, Hagel- und Starkregenereignisse belasteten die deutschen Versicherer mit 2,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 2,0 Milliarden Euro). Damit gehörte das Jahr 2018 zu den vier schwersten Sturmjahren der letzten 20 Jahre. Allein das Orkantief „Friederike“ am 18.1.2018 verursachte Sach-Schäden von ca. 900 Millionen Euro. In der gewerblichen/industriellen Sachversicherung ereigneten sich zahlreiche Größtschäden jeweils mit Schadenssummen von über

100 Millionen Euro. Aufgrund des ungünstigen Schadenverlaufs weist die Sachversicherung marktweit eine Combined Ratio von über 100 Prozent aus. Über alle Sparten hinweg wird eine Combined Ratio von ca. 95 Prozent (Vorjahr: 93,2 Prozent) erwartet.

Diese Gesamtentwicklung spiegelt sich weitgehend auch im Geschäftsgebiet der ÖVB wider. Jedoch war Norddeutschland und somit auch das Geschäftsgebiet der ÖVB von den Naturschadeneignissen weit weniger betroffen als andere Teile Deutschlands. Im industriellen Geschäft ist die ÖVB nur sehr selektiv tätig und nicht von den genannten Größtschäden betroffen. Die laufenden Sanierungsmaßnahmen in einzelnen Sparten führen zu einer marktunterdurchschnittlichen Beitragsentwicklung.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Solvency II

Seit Januar 2016 ist das neue europäische Aufsichtsregime Solvency II in Kraft. Mit Einführung der neuen Solvenzregeln gelten für Versicherer weiterentwickelte Solvabilitätsanforderungen, denen eine ganzheitliche Risikobetrachtung zugrunde liegt. Auf diese Weise soll das Insolvenzrisiko eines Versicherers vorausschauend verringert werden. Um zu gewährleisten, dass die Standardformel dauerhaft die in der SII-Richtlinie festgelegten Anforderungen erfüllt, werden die Methoden, Annahmen und Standardparameter, die bei der Berechnung der Solvenzanforderungen zugrunde gelegt werden, regelmäßig überprüft. Die erstmalige Anwendung einer angepassten Durchführungsverordnung ist für 2019 vorgesehen.

CSR-Richtlinie

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten der EU haben 2014 eine Richtlinie zur Erweiterung der Berichterstattung von großen kapitalmarktorientierten Unternehmen, Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Versicherungsunternehmen verabschiedet (sog. CSR-Richtlinie). Ziel der Richtlinie ist es, insbesondere die Transparenz über ökologische und soziale Aspekte von Unternehmen in der EU zu erhöhen. Dabei geht es um Informationen zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen sowie die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung. Deutschland hat die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz ist seit dem Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Der CSR-Bericht der Konzernmutter wurde 2018 veröffentlicht.

EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Im Mai 2018 sind neue Regelungen aufgrund der in nationales Recht umzusetzenden EU-DSGVO in Kraft getreten. Diesbezüglich ist eine Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU das Hauptziel der neuen Regelungen. In den Unternehmen sind zahlreiche Anpassungen vorzunehmen, um eine gesetzeskonforme Aufstellung fristgerecht gewährleisten zu können.

Versicherungsaufsichtliche Anforderungen für die Informationstechnologie (VAIT)

Am 2.7.2018 hat die BaFin die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen für die Informationstechnologie (VAIT) veröffentlicht. Die VAIT enthalten bezogen auf die Informationstechnologie prinzipienbasierte Hinweise zur Auslegung der Vorschriften über die Geschäftsorganisation im Versicherungsaufsichtsgesetz. Dabei stellen die VAIT auf die Anwendung gängiger Standards unter Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips ab.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Gesamtbewertung

Im Geschäftsjahr 2018 konnte die ÖVB einen sehr erfreulichen versicherungstechnischen Geschäftsverlauf verzeichnen. Der günstige Schadenverlauf verbunden mit dem sicherheitsorientierten Rückversicherungsprogramm führte zu einem positiven technischen Gesamtergebnis. Ein rückläufiges Kapitalanlageergebnis, die Belastungen aus den Pensionsverpflichtungen und konzerninterne Verrechnungen führten jedoch insgesamt zu einem Jahresergebnis vor Ertragsteuern von – 261 Tausend Euro.

Die Brutto-Beitragseinnahmen der Öffentlichen Versicherung Bremen verringerten sich im Jahr 2018 um 2,9 Prozent auf 26.296 Tausend Euro (Vorjahr: 27.075 Tausend Euro). Der Rückgang resultiert aus der Kündigung des übernommenen Haftpflicht-Geschäfts. Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 26.474 Tausend Euro (Vorjahr: 25.994 Tausend Euro) und lag mit 1,8 Prozent über dem Vorjahreswert.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

In der Kundengruppe Privat ist bei der Öffentlichen Versicherung Bremen ein Rückgang von Verträgen um 2,1 Prozent zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind Kündigungen von unrentablen Kundenverbindungen und die Auflösung von Altprodukten. Gleichzeitig gelang es durch Sanierungen Beitragssteigerungen durchzusetzen, sodass die Beitragseinnahme in diesem Kundensegment um 2,3 Prozent (Markt: 5,0 Prozent) auf 16.305 Tausend Euro gestiegen ist. In der Kundengruppe Gewerbe verzeichnet die Öffentliche Versicherung Bremen eine Beitragssteigerung von 0,3 Prozent auf 5.698 Tausend Euro. In der Kundengruppe Industrie wurde die Sanierungsstrategie konsequent fortgesetzt. In 2018 stiegen Vertragsanzahl und Beitragseinnahme seit mehreren Jahren wieder an. Die Beitragseinnahme nahm um 6,6 Prozent auf 1.975 Tausend Euro zu.

Der Schadenaufwand im selbst abgeschlossenen Geschäft liegt 2018 mit 12.605 Tausend Euro (Vorjahr: 13.147 Tausend Euro) abermals unter dem Vorjahresniveau. Die bilanzielle Schadenquote lag mit 47,4 Prozent deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

	2014	2015	2016	2017	2018
Gebuchter Bruttobeitrag saG in Tsd. €	24.781	24.477	25.356	25.994	26.474
Brutto-Schadenquote saG in %	70,7	58,1	55,0	50,7	47,4

Die bilanzielle Kostenquote erhöhte sich leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 28,5 Prozent.

Die Combined Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote ging von 79,0 Prozent im Vorjahr auf 75,9 Prozent im Geschäftsjahr zurück (Markt: 95 Prozent).

Das versicherungstechnische Ergebnis des selbst abgeschlossenen und übernommenen Versicherungsgeschäfts entwickelte sich wie folgt:

	2017 in Tsd. €	2018 in Tsd. €
Bruttoergebnis	4.907	5.664
Anteil Rückversicherer	– 2.840	– 5.157
Veränderung Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	– 453	366
Versicherungstechnisches Ergebnis Gesamt	1.614	873

Die Kapitalanlagen erwirtschafteten ein Ergebnis von 508 Tausend Euro (Vorjahr: 677 Tausend Euro – geprägt durch Sondereinflüsse). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 2,3 Prozent (Vorjahr: 3,0 Prozent). Durch Verkäufe wurden Abgangsgewinne von 194 Tausend Euro realisiert. Demgegenüber standen Abschreibungen in Höhe von 143 Tausend Euro auf Fondsanteile und sonstige Wertpapiere. Wie in den Vorjahren bilanziert die Öffentliche Versicherung Bremen nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 6,5 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: 8,3 Prozent).

Das nicht-versicherungstechnische Ergebnis liegt mit – 1.636 Tausend Euro deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert von – 905 Tausend Euro. Die Aufwendungen für den Schuldbeitritt der Pensionsverpflichtungen durch die Landschaftliche Brandkasse Hannover und Preisanpassungen bzw. Nachverrechnungen für konzerninterne Dienstleistungen erhöhen die nichttechnischen Aufwendungen.

	2017 in Tsd. €	2018 in Tsd. €
Versicherungstechnisches Ergebnis Gesamt	1.614	873
Kapitalanlageergebnis	677	508
Sonstiges nicht-versicherungstechnisches Ergebnis	– 905	– 1.643
Brutto-Jahresüberschuss vor Ertragsteuern	1.386	– 262

Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern verbleibt ein erwirtschaftetes Ergebnis von – 262 Tausend Euro. Aufgrund vorhandener steuerlicher Verlustvträge ergibt sich ein Steuerertrag von 52 Tausend Euro. Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag von – 209 Tausend Euro mit den anderen Gewinnrücklagen zu verrechnen.

Geschäftsverlauf im Einzelnen

Private Sachversicherung

Die Kundengruppe „Private Sachversicherung“ umfasst im Wesentlichen die Sparten Verbundene Wohngebäude, Verbundene Hausrat und Glas.

	Gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2018 in Tsd. €	in % zum Vorjahr	2017 %	2018 %
Private Sachversicherung	16.305	2,3	58,5	55,7
davon:				
Verbundene Wohngebäude	12.139	3,1	65,8	61,0
Verbundene Hausrat	3.643	0,3	37,6	40,4

Der konsequent fortgeführte Sanierungskurs, das Rabattcontrolling und die Beitragsanpassungen in der verbundenen Wohngebäudeversicherung tragen zu einer deutlichen Verbesserung der Ertragslage in dieser Kundengruppe bei.

Mit Einführung einer Mehrfachschaadenanweisung seit 2015 sind Sanierungsmaßnahmen bei stark schadenbelasteten Verträgen konsequent fortgeführt worden. Um zu vermeiden, Gebäude zu nicht risikogerechten Konditionen von Mitbewerbern zu zeichnen, wurden die Vollmachten für den Fallabschluss eingeschränkt. Dadurch konnte zunächst die individuelle Vorschadensituation geklärt werden.

Aufgrund der Sanierungsmaßnahmen hat sich die Schadensituation zunehmend stabilisiert. Darüber hinaus hat das Ausbleiben größerer Kumulschadenereignisse die Schadenquote positiv beeinflusst.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt 790 Tausend Euro (Vorjahr: 820 Tausend Euro).

Gewerbliche Sachversicherung

Das Kundensegment „Gewerbliche Firmenkunden“ umfasst im Wesentlichen die Sparten Feuer-Einfach, Sturm, Leitungswasser, Einbruchdiebstahl, die verbundene Gewerbe-Kombi-Police und die Mietverlustversicherung.

Die Öffentliche Versicherung Bremen betrachtet dieses Kundensegment als einen attraktiven Markt mit guten Wachstumschancen. Daher steht diese Kundengruppe seit vielen Jahren im besonderen Fokus vertrieblicher Aktivitäten. Ein ertragsorientiertes Risikomanagement steht wesentlich im Vordergrund, damit risikogerechte Prämien in diesem wettbewerbsintensiven Kundensegment durchgesetzt werden können. So lag weiterhin der Schwerpunkt unserer Tätigkeiten im klassischen Gewerbegeschäft auf ertragsorientiertem Wachstum. Die Steuerung mittels eines differenzierten Rabattcontrollings sowie die Umsetzung der Mehrfachschaadenanweisung bei Sanierungen hat die Ertragskraft in den Sparten der gewerblichen Sachversicherung gesteigert. Das ertragsorientierte Risikomanagement, die konsequente Fortführung der Sanierungsmaßnahmen sowie der Verkauf von risikogerechten Beiträgen hat maßgeblichen Einfluss auf die Schadenentwicklung in der gewerblichen Sachversicherung genommen. Dennoch bleiben Brandstiftungen und sonstige böswillige Beschädigungen nicht gänzlich aus. Insgesamt bewegte sich die Schadenbelastung im Geschäftsjahr auf einem sehr günstigen Niveau.

	Gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2018 Tsd. €	in % zum Vorjahr	2017 %	2018 %
Gewerbliche Sachversicherung	5.698	0,3	46,8	37,5
davon:				
Feuer sonstige	3.205	0,8	40,6	31,9
Sturm	765	0,3	64,4	18,0
Leitungswasser	988	2,5	46,5	64,9
Einbruchdiebstahl	704	- 4,2	56,5	48,3

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt – 354 Tausend Euro (Vorjahr: – 447 Tausend Euro). Es berücksichtigt eine Auflösung der Schwankungsrückstellung in Höhe von 432 Tausend Euro.

Industrielle Sachversicherung

Die Kundengruppe „Industrielle Firmenkunden“ umfasst die Sparten Feuer-Industrie, Betriebsunterbrechung und Extended Coverage.

In den Sparten der industriellen Sachversicherung wird nach Auflösung des Zeichnungsverbunds erstmalig wieder ein Vertragswachstum erreicht. Das Beitragsvolumen erreicht 1.975 Tausend Euro und lag 6,6 Prozent über dem Vorjahreswert.

Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 2018 war die Fortsetzung der konsequenten Bestandssanierung. Die Aktivitäten wurden – wie schon in den Vorjahren – bei schadenbelasteten, untertarifierten und schweren Risiken erheblich verstärkt. Die Entwicklung in den Sparten der Industrieversicherung wurden bei der Öffentlichen Versicherung Bremen maßgeblich durch die Umstellung des Industriebestandes auf die neue Firmenindustriepolice sowie die Umstrukturierungen im industriellen Feuergeschäft nach der Auflösung des Zeichnungsverbundes geprägt.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt – 278 Tausend Euro (Vorjahr: 35 Tausend Euro). Unter Berücksichtigung der konsequenten Fortführung der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen wird weiterhin mittelfristig eine deutliche Verbesserung der Ertragslage in den betroffenen Sparten erwartet.

Haftpflichtversicherung

Die Öffentliche Versicherung Bremen betreibt ausschließlich die Haftpflichtversicherung für den privaten Bereich. Die Beitragseinnahme verringerte sich aufgrund des anhaltenden intensiven Produkt- und Bedingungs Wettbewerbs um – 1,2 Prozent (Markt: 2,0 Prozent) auf 2.442 Tausend Euro. Die fehlende Beitragsangleichung sowie ein leicht rückläufiger Bestand unterstützten diese Entwicklung. Die Combined Ratio lag bei 80,7 Prozent (Markt: 92 Prozent).

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt 643 Tausend Euro (Vorjahr: 917 Tausend Euro).

Kapitalanlagen

In einem Kapitalmarktumfeld mit weiterhin sehr niedrigen Zinsen und volatilen Aktienmärkten erwirtschaftete die Öffentliche Versicherung Bremen ein Kapitalanlageergebnis von 508 Tausend Euro (Vorjahr: 677 Tausend Euro – geprägt durch Sondereinflüsse). Daraus errechnet sich eine Nettoverzinsung von 2,3 Prozent (Vorjahr: 3,0 Prozent). Außerordentlichen Erträge aus Abgangsgewinnen und Zuschreibungen in Höhe von 194 Tausend Euro standen außerordentliche Aufwendungen aus Abgangsverlusten und Abschreibungen in Höhe von 143 Tausend gegenüber.

Vom Wahlrecht, Vermögensgegenstände wie Anlagevermögen zu bewerten, wurde kein Gebrauch gemacht. Die Bewertungsreserven betragen 6,5 Prozent (Vorjahr: 8,3 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen.

Finanz-/Vermögenslage

Entwicklung der Aktiva

	2017 in Tsd. €	2018 in Tsd. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	125	97
Kapitalanlagen	22.658	22.322
Forderungen	3.319	1.272
Sonstige Vermögensgegenstände	1.983	6.024
Sonstige	323	284
Summe Aktiva	28.408	29.999

Der Posten der immateriellen Vermögensgegenstände umfasst im Wesentlichen die von dem EDV-Dienstleister der Öffentlichen Versicherung Bremen erworbenen Lizenzen für die für den Geschäftsbetrieb bereitgestellten Anwendungssysteme und Nebenbücher.

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Versicherung Bremen sind in drei Segmente unterteilt. Das Replikationsportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln bester Bonität. Innerhalb des Risikoportfolios erfolgt eine aktive Risikopräferenz zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Replikationsportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risikosteuerung. Die Investments, die die strategischen Ziele unterstützen, werden in dem dritten Segment gesteuert.

Der Rückgang der Forderungen resultiert aus den konzerninternen Abrechnungen mit der Muttergesellschaft im Rahmen der Rückversicherung.

Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände korrespondiert mit dem erhöhten Bestand an laufenden Guthaben bei Kreditinstituten.

Aufgrund der Verpflichtungsstruktur in Euro werden die Kapitalanlagen in Euro investiert. Anlagen in Fremdwährung werden grundsätzlich gesichert. Die Sicherstellung einer jederzeit ausreichenden Liquidität erfolgt durch eine rollierende Finanzplanung, die die laufenden Ein- und Auszahlungen aus der Versicherungstechnik, der Kapitalanlagentätigkeit und den sonstigen nicht-versicherungstechnischen Geschäftsvorfällen berücksichtigt. Darüber hinaus ermöglichen kurzfristige Liquiditätsbereitstellungen innerhalb des VGH Verbunds und fungible Kapitalanlagen die jederzeitige Zahlungsbereitschaft.

Entwicklung der Passiva

	2017	2018
	in Tsd. €	in Tsd. €
Eigenkapital	8.091	7.821
Versicherungstechnische Rückstellungen	14.578	14.339
Andere Rückstellungen	2.931	3.014
Andere Verbindlichkeiten	2.808	4.825
Summe Passiva	28.408	29.999

Es wird ein Jahresfehlbetrag von – 209 Tausend Euro ausgewiesen, der mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet werden soll.

Vor dem Hintergrund der Bestandsübertragung zum 1.1.2019 wird die Drohverlustrückstellung in VGV-Leitungswasser in Höhe von 300 Tausend Euro und die Sturm-Kumul-Rückstellung von 670 Tausend Euro aufgelöst. Die Landschaftliche Brandkasse Hannover als übernehmende Gesellschaft hat für die Risiken Leitungswasser und Sturm ausreichende Vorsorgen gebildet. Zusätzlich zeigte sich in 2018 ein günstiger Schadenverlauf. Daher liegen die versicherungstechnischen Rückstellungen leicht unter dem Vorjahreswert.

Die Pensionsrückstellungen sind entsprechend einer Schuldbeitrittsvereinbarung zum 1.1.2015 an die Landschaftliche Brandkasse Hannover übertragen worden. Sie werden daher von der Öffentlichen Versicherung Bremen seit 2015 nicht mehr ausgewiesen. Die sonstigen Bilanzpositionen der Aktiv- und der Passivseite verlaufen erwartungsgemäß.

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen einen erhöhten Abrechnungssaldo für konzerninterne Dienstleistungen mit dem Mutterunternehmen.

Schadenmanagement

Die Schadenregulierung ist einer der wichtigsten Kernbereiche von Versicherern. Mit der Beteiligung am verbundweiten Schadensystem iVAS-Schaden verfolgt die Öffentliche Versicherung Bremen das Ziel, die Arbeitsabläufe für die Mitarbeiter in der Schadenabteilung flexibler zu gestalten und den Agenturen mehr fachliche Unterstützung bei der Schadenbearbeitung zu bieten, um somit die Schadenregulierung zu beschleunigen und den Service für den Kunden zu erhöhen.

iVAS-Schaden wurde zunächst für die Regulierung von Sachschäden eingeführt und anschließend als Standardsystem inklusive der fallabschließenden Regulierung durch unsere Vertriebspartner etabliert.

Der Schadenaufwand nach Abwicklung im selbst abgeschlossenen Geschäft sinkt bei der Öffentlichen Versicherung Bremen im Jahr 2018 auf 12.605 Tausend Euro und ist damit auf dem niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Die Umsetzung der strukturellen Änderungen in der industriellen Feuerversicherung und die Sanierungsmaßnahmen in der privaten und gewerblichen Versicherung haben zu einer weiteren Verbesserung der Schadensituation geführt.

Schadenverhütung

Zu den beiden Berufsfeuerwehren in Bremen und Bremerhaven bestehen außerordentlich gute Verbindungen. Dasselbe gilt für den Landesfeuerwehrverband der Freiwilligen Feuerwehren im Land Bremen sowie den Werkfeuerwehren.

Die ÖVB unterstützt beide Berufsfeuerwehren und die Freiwilligen Feuerwehren mit ihren Jugendfeuerwehren in Bremen und Bremerhaven finanziell unter anderem bei der Anschaffung von feuerwehrtechnischen Geräten.

Mitarbeiter

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter tragen mit ihren Leistungen unmittelbar zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Geschäftserfolg bei. Lebenslanges Lernen ist notwendige Voraussetzung für die Sicherung der fachlichen Kompetenz. Alle Mitarbeiter können auf ein umfangreiches internes Weiterbildungsangebot zurückgreifen. Das Spektrum umfasst Seminarangebote zur verkäuferischen, fachlichen und persönlichen Qualifizierung. Darüber hinaus werden externe berufliche Fortbildungen, z. B. zum/zur Versicherungsfachwirt/in finanziell und zeitlich, unterstützt. Die ÖVB übernimmt die Lehrgangsgebühren und gewährt Bildungs- und Sonderurlaub für vorbereitende Seminare und Prüfungstage.

Neben der Investition in die Qualifizierung der Mitarbeiter sind auch die Bemühungen um deren Gesunderhaltung Ausdruck einer Unternehmenskultur, die auf eine hohe Identifikation und Bindung der Mitarbeiter abzielt. Zu dieser Unternehmenskultur gehört auch, dass Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander gefördert werden.

Im Jahr 2018 waren insgesamt 27 Angestellte bei der Öffentlichen Versicherung Bremen beschäftigt. Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die guten Arbeitsleistungen.

Vertrieb

Der Vertrieb der ÖVB Produkte erfolgt in enger Organisationsgemeinschaft mit den Vertriebsstrukturen der VGH, mit dem Ziel einer hohen Servicequalität, einer engen Kundenbindung und ausgeprägter Kundennähe. Dabei sind sich Unternehmen wie Vermittler stets der daraus entstehenden Verantwortung für ihre Kunden bewusst. Das Vertriebsnetz besteht im Wesentlichen aus zwei Hauptvertriebswegen, der selbstständigen Ausschließlichkeitsorganisation und den Sparkassen.

In der Ausschließlichkeitsorganisation sind für die ÖVB rund 23 Agenturen aktiv, die flächendeckend über Bremen und Bremerhaven verteilt sind. Ihr persönlicher Kontakt und individuelle Kenntnis der Verhältnisse vor Ort stellen die zentrale Schnittstelle zwischen Unternehmen und dem Kunden dar. Die Stärkung dieser Organisation wird kontinuierlich mit hohem Engagement vorangetrieben. Die Ausbildung von neuen Vermittlern durch ein eigenes Traineeprogramm sowie die Heranführung an eine Agenturführung durch ein Junior-Modell sichern eine durchgehend hohe Qualität der Beratung vor Ort sowohl im Verkaufsgespräch als auch bei der Kundenbetreuung im Schadenfall langfristig ab.

Im Land Bremen verfügen die drei Kooperationspartner aus dem S-Finanzverbund mit ihren Geschäftsstellen über ein Servicenetz für unsere Kunden und bieten neben der Kompetenz in Versicherungsangelegenheiten auch ein umfassendes Angebot von Finanzdienstleistungen an.

Die Digitalisierung als eine zentrale Herausforderung in der Versicherungswirtschaft verändert den Markt und die Kundenerwartungen. Um dem Wandel von Technologie und Kommunikation gerecht zu werden, integriert die ÖVB die Online-Betreuung sukzessive in unser Geschäftsmodell, um die Bedürfnisse und Ansprüche des hybriden Kunden im Sinne einer Multikanalstrategie zu erfüllen. Die zentrale Schnittstelle zum Kunden bleibt dabei für die ÖVB der Vertriebspartner vor Ort.

Planungsabgleich 2018

Die Beitragsentwicklung verlief mit einem Zuwachs von 1,8 Prozent unterhalb der Planungen von 2,5 Prozent. Insbesondere in der gewerblichen Sachversicherung konnte nach zwei Jahren überdurchschnittlichen Wachstums (2016: 13,8 Prozent; 2017: 5,4 Prozent) das hochgesteckte Ziel von 7,0 Prozent nicht erreicht werden.

Durch das Ausbleiben von Kumulschadenereignissen und signifikanter Großschäden lag die Schadenquote nach Abwicklung mit 47,4 Prozent deutlich unter dem Planwert von 51,0 Prozent und dem langjährigen Durchschnitt.

Die Kostenquote lag mit 28,5 Prozent unter dem Planwert von 29,0 Prozent. Aufgrund von außerplanmäßigen Abgangsgewinnen und Zuschreibungen bewegte sich die Nettoverzinsung von 2,3 Prozent leicht über der Planung. Das nichttechnische Ergebnis umfasste Preisanpassungen und Nachverrechnungen aus konzerninternen Dienstleistungen.

Insgesamt ergab sich unplanmäßig ein Jahresfehlbetrag, der mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet wird.

Planungen Öffentliche Versicherung Bremen

Die Trägeranteile sind zum 1.1.2019 zu 100 Prozent von der Landschaftlichen Brandkasse Hannover übernommen worden. Rückwirkend zum 1.1.2019 erfolgte die Bestandsübertragung aller Versicherungsverträge und sonstiger Verpflichtungen auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover. Die aufsichtsrechtlichen Genehmigungen zur Bestandübertragung zum 1.1.2019 lagen vor Aufstellung des Jahresabschlusses vor. Die ÖVB hat somit zum 1.1.2019 den Geschäftsbetrieb für Versicherungen eingestellt.

Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Geschäftsstrategie. Folgende Erfolgsfaktoren sehen wir in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft, aus der Kapitalanlage und aus der strategischen Aufstellung der Öffentlichen Versicherung Bremen im regionalen Marktumfeld. Durch die Bestandsübertragung zum 1.1.2019 gehen die Chancen und Risiken auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover über.

Chancenbericht

Regionalität und Einbindung in den Verbund

Die Öffentliche Versicherung Bremen ist eine Tochter der VGH Versicherungen (VGH). Sie kann zusammen mit der VGH auf rund 500 hauptberufliche Vertragspartner (inklusive der Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaften (OHG)) zählen, davon 23 im Land Bremen. Auf Basis dieses Netzwerkes wird umfassender Service und Beratung, von der Schadenverhütung bis hin zur schnellen, kundenorientierten Schadenregulierung, geboten. Mit der damit verbundenen Kundennähe sollen langfristig die Marktanteile gehalten und Wettbewerbsvorteile im Geschäftsgebiet generiert werden. Diese Nähe, mit vielen Standorten im Geschäftsgebiet, trägt darüber hinaus dazu bei, den Kundenbedürfnissen durch unsere hohen Service- und Leistungsstandards gerecht zu werden.

Produktpolitik

Um die Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kundengruppen ausrichten zu können, arbeiten wir eng mit der VGH Versicherung zusammen. Gemeinsam wurde das Angebot in den letzten Jahren kontinuierlich überprüft und an veränderte Kundenbedürfnisse angepasst. So wurde eine Versicherung gegen

Cyberisiken für Gewerbe-, Landwirtschaft und Privatkunden eingeführt. Dem Außendienst bieten wir damit die Möglichkeit der regelmäßigen aktiven Kundenansprache und Vertragsneuordnung.

Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement eines Versicherers zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite und Liquidität aus. Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Versicherung Bremen werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: das Replikationsportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Risikoportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Replikationsportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Öffentliche Versicherung Bremen eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

Vertrieb

Unsere vertriebliche Ausrichtung basiert auf dem in unseren Statuten verankerten Regionalitätsprinzip mit der Konzentration auf die zwei Vertriebswege: hauptberufliche Ausschließlichkeitsorganisation und Sparkassen. Gestärkt wird dieses Modell durch die seit Generationen bestehende Kundennähe, die durch die hohe Fachkompetenz unserer Vertriebspartner in Beratung und Service gepflegt wird. Dazu zählen u. a. die fallabschließende Vertragsbearbeitung im Privatkundengeschäft und die fallabschließende Regulierung von Sach-Schäden.

Traditionell arbeiten wir im Bremer Markt als historisch gewachsenem Maklerplatz zudem auch mit ausgewählten Assekuradeuren und Maklerhäusern zusammen, um unsere Wettbewerbsposition zu stärken.

Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiter und die Vertriebspartner tragen mit ihren Leistungen unmittelbar zu unserer hohen Wettbewerbsfähigkeit und somit zum Geschäftserfolg bei. Daher streben wir eine hohe Motivation und Identifikation unserer Mitarbeiter im Innen- und Außendienst an, fördern Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander und stärken das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln. Hierfür investieren wir zusammen mit der VGH in die Qualifikation und die Gesunderhaltung der Mitarbeiter.

Risikobericht

Marktrisiko

Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikoabdeckung beschlossen. Die Steuerung ist grundsätzlich an ökonomischen Belangen ausgerichtet, bilanzielle und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen fließen als Restriktionen ein.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen: Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Versicherungstechnisches Risiko

Den Risiken aus Naturgefahren kommt bei der Öffentlichen Versicherung Bremen mit hohem Marktanteil im Sachgeschäft bei gleichzeitig begrenztem Geschäftsgebiet eine wesentliche Bedeutung zu. Zur Abschätzung der Kumuleffekte wird dabei neben eigenen Einschätzungen auf die Expertise und die Simulationsinstrumente von Rückversicherern und Rückversicherungsmaklern zurückgegriffen. Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen.

Abwicklungsergebnisse

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Schadenquote feR	77,1	73,0	82,8	83,8	89,8	80,6	73,6	65,8	50,4	69,6
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	14,0	12,5	10,9	-0,6	7,9	4,3	15,0	15,9	26,2	-5,6

Zur Begrenzung der Risiken in der täglichen Zeichnung bestehen für alle berechtigten Zeichnungsrichtlinien, die auch maschinell überwacht werden. Risikozeichnungen außerhalb der Vorgaben können nur unter Einbindung der Risikoverantwortlichen erfolgen. Zur Absicherung der Bearbeitungsrisiken im Schadenfall besteht durch die Marktnähe und das Schadenmanagement die Möglichkeit, kurzfristig schadenmindernd tätig zu werden. Das Risiko-Monitoring findet im Rahmen des internen Kontrollsystems (IKS) statt. In regelmäßigen Revisionsprüfungen ist die Einhaltung der Prozesse ein Schwerpunkt und hat im Berichtszeitraum zu keinerlei signifikanten Feststellungen geführt.

Kreditrisiko

Außerhalb der Kapitalanlage bestehen Kreditrisiken im Wesentlichen aus der Rückversicherung. Das grundsätzliche Risiko durch falsche Auswahl von Rückversicherungsvertragspartnern reduziert sich für die Öffentliche Versicherung Bremen durch die 100-prozentige Rückversicherungsabgabe an die Landschaftliche Brandkasse Hannover als Konzernmutter deutlich.

Rechtsrisiko

Rechtsrisiken bestehen in der Kompositversicherung vorwiegend aus den geplanten gesetzgeberischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung (z. B. durch Versicherungspflichten) einschränken können sowie aus der deutschen oder europäischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität, insbesondere nach Großschaden- und Massenschadeneignissen, erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken beinhalten neben dem operationellen Risiko das strategische und das Reputationsrisiko. Wesentliche Risiken werden laufend überwacht. Die Maßnahmen zur Risikominderung (Notfallmanagement und Kontrollsysteme) werden bei jedem Durchlauf der Risikoinventur (zweimal pro Jahr) überprüft.

Der Einsatz der Informationstechnologie hat für die Wahrnehmung der kundenrelevanten Funktionen Beratung, Service, Verkauf und Schadenabwicklung sowie in der Ausführung von Finanztransaktionen eine zentrale Bedeutung. Die Ausrichtung der Geschäftsorganisation erfolgt vor diesem Hintergrund mit entsprechender Sensibilität unter Berücksichtigung der für Betrieb, Schutz und Weiterentwicklung benötigten Technologien und Maßnahmen.

Niedrigzinsrisiko

Aufgrund der kürzeren Duration der Kapitalanlagen eines Kompositversicherers wird eine anhaltende Niedrigzinsphase spürbar die laufende Durchschnittsverzinsung und somit das Kapitalanlageergebnis absenken.

Demographischer Wandel

Eine steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen wirken sich auf die gesamte Gesellschaft aus. Der demographische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Er beeinflusst alle Lebensbereiche. Die daraus resultierenden Auswirkungen werden von uns kontinuierlich berücksichtigt und fließen in unsere strategischen Lösungen bei der Entwicklung und Erweiterung unserer Versicherungsprodukte mit ein, um zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund der getroffenen Maßnahmen gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Versicherung Bremen nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Risikomanagementsystem

Risikoorganisation und Risikomanagement

Das vom Vorstand installierte Risikomanagementsystem hat die Aufgabe, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Bewältigung zu entwickeln. Es bildet den organisatorischen Rahmen, um den Risikomanagementprozess wirksam zu betreiben und laufend zu verbessern.

Das Risikokomitee ist mit der zentralen Koordination und Steuerung der Risiken befasst. Bei seiner Arbeit wird es durch einen Risikoausschuss unterstützt. Die Risikomanagementfunktion überwacht laufend die Gesamtrisikosituation, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung und Bewertung ihrer Risiken und ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Aus der Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie abgeleitet. Diese beschreibt in den risikostrategischen Grundsätzen die Rahmenbedingungen, nach denen die operative Risikosteuerung erfolgt. Die Risikostrategie bildet die Basis für die Ausgestaltung des Risikofrüherkennungssystems und des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Mit dem Risikofrüherkennungssystem der Öffentlichen Versicherung Bremen sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen wird sichergestellt, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann.

Die Risikoorganisation umfasst die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ein Governance-System sowie die quantitative und qualitative Berichterstattung nach Solvency II.

Weitere Informationen

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Corporate Governance.

GDV-Verhaltenskodex

Die Öffentliche Versicherung Bremen ist ebenso wie die Landschaftliche Brandkasse Hannover und weitere Verbundunternehmen dem GDV-Verhaltenskodex mit Wirkung zum 1.4.2014 beigetreten. Dieser Verhaltenskodex stellt eine Selbstverpflichtung aller beigetretenen Versicherungsunternehmen dar, den gestiegenen Kundenbedürfnissen und sich abzeichnenden gesetzlichen Anforderungen an die Transparenz und Verbindlichkeit im Rahmen der Vermittlung von Versicherungsprodukten Rechnung zu tragen. Inhaltlich steht ein hoher Anspruch an die Qualifikation der Beratung, deren Dokumentation sowie klare und verständliche Versicherungsprodukte im Vordergrund der in elf Punkten niedergelegten Selbstverpflichtung. Mit dem Beitritt haben sich die unter dem Dach der VGH agierenden Unternehmen dazu verpflichtet, diese Verhaltensregeln umzusetzen und einzuhalten.

Alle zwei Jahre wird die Umsetzung der Selbstverpflichtung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Fides Treuhand GmbH & Co. KG, Bremen – hat im Geschäftsjahr 2018 die Angemessenheit der implementierten Regelungen für alle Unternehmen im Konzern bestätigt.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen, den Sparkassen, der Bremer Landesbank sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unseres Unternehmens im Geschäftsjahr 2018 beigetragen haben. Auch dem Personalrat danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Bremen, den 30. April 2019

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Jahresfehlbetrag wird mit – 209.544,48 Euro ausgewiesen.

Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag von – 209.544,48 Euro mit den anderen Gewinnrücklagen zu verrechnen.

Bremen, den 30. April 2019

Der Vorstand

Übrige Angaben

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Feuerversicherung
 Feuer-Industrie-Versicherung
 Landwirtschaftliche Feuerversicherung
 Sonstige Feuerversicherung

 Verbundene Gebäudeversicherung
 Verbundene Hausratversicherung
 Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 Leitungswasserversicherung
 Glasversicherung
 Sturmversicherung

 Allgemeine Haftpflichtversicherung
 (für den privaten Bereich)

 Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw.
 Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung
 (Extended Coverage-Versicherung)

 Betriebsunterbrechungsversicherung

 Verbundene Sach-Gewerbe-Versicherung

 Sonstige Schadenversicherung
 Mietverlustversicherung
 Schlüsselverlustversicherung

Verbandszugehörigkeit

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
 Berlin

 Verband der Schadenversicherer e.V. (VDS)
 Köln

 Verband öffentlicher Versicherer
 Düsseldorf

 Wiesbadener Vereinigung
 Bonn

 Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen
 Versicherer e.V.
 Kiel

 Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland
 München

 Allgemeiner Arbeitgeberverband von Bremen
 Bremen

 Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
 Berlin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	2018			2017
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			97.339,00	124.856
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		57.484,55		57.485
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	278.719,58			278.720
2. Beteiligungen	240.705,00			240.705
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600.000,00	1.119.424,58		600.000
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.220.051,24			1.233.163
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.980.065,85			13.302.940
3. Sonstige Ausleihungen	6.445.000,00			6.445.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500.000,00			500.000
5. Andere Kapitalanlagen	306,78	21.145.423,87	22.322.333,00	307
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	181.952,91			275.514
2. Versicherungsvermittler	28.440,26	210.393,17		210.128
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		70.940,09		2.408.536
davon: an verbundene Unternehmen 62.312 (2.405.694) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 8.628 (2.842) €				
III. Sonstige Forderungen		990.366,50	1.271.699,76	425.158
davon: an verbundene Unternehmen 726.958 (68.400) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 3.088 (3.088) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		13.777,93		63.075
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		5.930.650,68		1.919.535
III. Andere Vermögensgegenstände		79.210,58	6.023.639,19	
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		192.000,50		206.104
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		92.192,98	284.193,48	117.023
Summe der Aktivseite			29.999.204,43	28.408.247

Passivseite	2018		2017
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Trägerkapital		1.000.000,00	1.000.000
II. Gewinnrücklagen			
1. Satzungsmäßige Rücklage	100.000,00		100.000
2. Andere Gewinnrücklagen	6.931.056,72	7.031.056,72	5.000.000
III. Bilanzgewinn		- 209.544,48	7.821.512,24
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag	4.341.281,00		4.642.134
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.822.820,39	2.518.460,61	1.800.644
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	12.183.955,37		12.781.238
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	6.760.681,54	5.423.273,83	7.815.545
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. Bruttobetrag	141.000,00		141.000
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	141.000,00	0
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		6.241.507,19	6.307.889
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag	14.769,00		322.147
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	14.769,00	14.339.010,63
C. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen		709,12	132.312
II. Sonstige Rückstellungen		3.013.092,94	3.013.802,06
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:			
1. Versicherungsnehmern	974.038,59		1.245.646
2. Versicherungsvermittlern	15.853,44	989.892,03	137.701
II. Sonstige Verbindlichkeiten		3.834.987,47	4.824.879,50
davon: aus Steuern 240.421 (276.487) €			
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 0 (0) €			
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 3.514.989 (1.027.742) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €			
Summe der Passivseite		29.999.204,43	28.408.247,41

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B II 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Bremen, den 29. April 2019
 Angelika Müller
 Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018			2017
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	26.295.667,02			27.074.975
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 16.395.282,03	9.900.384,99		- 16.215.765
c) Veränderung der Beitragsüberträge	300.853,00			- 116.688
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	22.176,39	323.029,39	10.223.414,38	232.698
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			4.582,50	5.061
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 13.148.811,09			- 13.483.206
bb) Anteil der Rückversicherer	6.492.595,52	- 6.656.215,57		7.710.198
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	597.282,78			74.406
bb) Anteil der Rückversicherer	- 1.054.863,46	- 457.580,68	- 7.113.796,25	171.625
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		0,00		0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		307.378,10	307.378,10	7.984
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 46.258,13	- 123.951
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 7.579.981,13		- 7.775.485
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		5.304.783,49	- 2.275.197,64	4.791.545
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 293.153,59	- 286.798
8. Zwischensumme			806.969,37	2.066.600
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			66.381,43	- 452.928
10. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			873.350,80	1.613.672
Übertrag:			873.350,80	1.613.672

	2018			2017
	€	€	€	€
Übertrag:			873.350,80	1.613.672
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		7.503,72		7.501
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		16.704,00		16.704
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		463.252,25		498.577
c) Erträge aus Zuschreibungen		8.584,50		25.259
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		184.976,39	681.020,86	177.654
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 11.248,23		- 9.285
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		- 143.246,47		- 28.507
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 18.412,00	- 172.906,70	508.114,16
				- 10.491
3. Sonstige Erträge			116.501,18	133.039
4. Sonstige Aufwendungen			- 1.753.139,76	- 1.636.638,58
davon: aus der Aufzinsung aus Rückstellungen 95.324 (99.674) €				
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			- 255.173,62	1.385.682
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			51.801,86	- 78.365
7. Sonstige Steuern			- 6.172,72	- 533
8. Jahresüberschuss			- 209.544,48	1.306.784

Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.
- B. Kapitalanlagen** Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet.
- Anteile an verbundenen Unternehmen beziehen sich auf die iwv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH. Sie ist mit den Anschaffungskosten und – soweit vorgenommen – vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 HGB bewertet.
- Die Beteiligungen an der Deutschen Rückversicherung und OEV Online-Dienste GmbH sind mit den Anschaffungskosten bilanziert.
- Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Sonstige Ausleihungen sind gemäß § 341 c HGB mit dem Nennwert ausgewiesen. Für Anschaffungskosten unter dem Nennbetrag wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.
- Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert ausgewiesen.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen.
- D. Sonstige Vermögensgegenstände** Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten. Die Sachanlagen sind vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestandes erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Vertrag unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften nach dem pro rata temporis System berechnet. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft sind die Beitragsüberträge nach den Aufgaben der Zedenten gestellt. Der koordinierte Ländererlass vom 9.3.1973 wird berücksichtigt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft je Schadenfall individuell ermittelt. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Die Anteile der Rückversicherer wurden in der vertragsmäßigen Höhe berücksichtigt.

Die Berechnung der Rückstellung für noch zu erwartende interne Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach der modifizierten New-York-Methode.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 31.12.2016 mit 1,25 Prozent und ab dem 1.1.2017 mit 0,9 Prozent diskontiert. Als Ausscheideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellung und im übernommenen Geschäft die Rückstellung für Terrorrisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Die Stornorückstellung für die zu erwartenden Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

C. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, zukünftige Jubiläumzahlungen und Beihilfeverpflichtungen erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Die „Richttafeln 2018 G“ nach Dr. Klaus Heubeck werden – für die Beihilferückstellung mit einem Abschlag von 17,5 Prozent während des Rentenbezugs – angewendet.

Die Berechnungen erfolgen auf Basis der von der Bundesbank zum 31.12.2018 veröffentlichten Zinssätze für Verpflichtungen mit 15-jähriger Laufzeit mit einem Zinssatz von 2,33 Prozent (Vorjahr: 2,80 Prozent).

Bei den Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen wurden zukünftige, nicht bekannte Gehalts- und Rentenanpassungen mit 3,0 Prozent bzw. 2,5 und 1,0 Prozent pro Jahr berücksichtigt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit enthält auch Beträge für Mitarbeiter mit einem Anspruch auf Abschluss nach der gültigen Altersteilzeitvereinbarung.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen berücksichtigt zur Abschätzung des Verpflichtungsumfangs die durchschnittlichen Beihilfezahlungen der vergangenen Jahre; eine Kostensteigerung von 4,0 Prozent pro Jahr erhöht den Verpflichtungsbetrag.

Die Rückstellung für Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel ist mit dem Barwert der bereits erdienten zukünftigen Verpflichtung bewertet worden. Die vom Unternehmen abgeschlossenen Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen sind mindernd berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt entsprechend der Laufzeit mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen zwischen 0,82 und 2,52 Prozent (Vorjahr: zwischen 1,26 und 2,95 Prozent). Ein Fluktuationsabschlag wurde berücksichtigt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist.

Eine Diskontierung wurde bei voraussichtlich mehr als einjähriger Laufzeit mit den von der Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen vorgenommen.

D. Andere Verbindlichkeiten	Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag.
Sonstige Angaben	Die Ermittlung von aktiven und passiven latenten Steuern mit einem Steuersatz in Höhe von 32,3 Prozent führt zu einem aktivischen Überhang, der unter Anwendung des Wahlrechts nicht berücksichtigt wurde. Wesentliche aktive latente Steuern ergeben sich aus mitarbeiterbezogenen und versicherungstechnischen Rückstellungen.
Haftungsverhältnisse	<p>Zum 1.1.2015 hat die Öffentliche Versicherung Bremen (ÖVB) ihre Pensionsverpflichtungen durch eine Schuldbeitrittsvereinbarung an die Landschaftliche Brandkasse Hannover (LH) übertragen.</p> <p>Die ÖVB haftet weiterhin originär für die bestehenden und künftigen Pensionsverpflichtungen der ÖVB. Die LH hat im Rahmen der genannten Schuldbeitrittsvereinbarung erklärt, für die Pensionsverpflichtungen der Öffentlichen Versicherung Bremen wie der eigentliche Schuldner neben diesem originär und nicht bloß sekundär zu haften. Die LH hat ferner erklärt, die tatsächliche Erfüllung der Leistungsverpflichtung zu übernehmen. Zum 31.12.2018 betragen die Pensionsverpflichtungen 18.779.539 Euro (Vorjahr: 17.389.606 Euro), davon 2.456.693 Euro (Vorjahr: 2.541.222 Euro) für ehemalige Mitglieder des Vorstands und Hinterbliebene.</p>

Erläuterung zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen	
	2017			
	€	€	€	
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	124.856	5.926	0	
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	57.484	0	0	
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	278.720	0	0	
2. Beteiligungen	240.705	0	0	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600.000	0	0	
Summe B II.	1.119.425	0	0	
B III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.233.162	1.999.939	0	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.302.940	0	0	
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	6.445.000	0	0	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500.000	0	0	
5. Andere Kapitalanlagen	307	0	0	
Summe B III.	21.481.409	1.999.939	0	
Insgesamt	22.783.174	2.005.865	0	

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten entspricht dem Ertragswert. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte im Geschäftsjahr 2014.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, dem Net Asset Value mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wurde aus Anteilsverkauf/-veräußerung hergeleitet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwert	Zeitwerte*)	Stille Reserven*)
			2018	2018	2018
€	€	€	€	€	€
0	0	33.443	97.339	97.339	0
0	0	0	57.484	334.080	276.596
0	0	0	278.720	278.720	0
0	0	0	240.705	730.974	490.269
0	0	0	600.000	555.761	- 44.239
0	0	0	1.119.425	1.565.455	446.030
905.812	350	107.588	2.220.051	2.239.943	19.892
1.295.450	8.235	35.658	11.980.066	12.370.279	390.213
0	0	0	6.445.000	6.694.339	249.339
0	0	0	500.000	566.620	66.620
0	0	0	307	310	3
2.201.262	8.585	143.246	21.145.424	21.871.491	726.067
2.201.262	8.585	176.689	22.419.672	23.868.365	1.448.693

Bei anderen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten. Die übrigen Kapitalanlagen wurden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

- B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Grundbesitz umfasst am Ende des Geschäftsjahres ein Grundstück. Das Grundstück des Bestandes ist mit einem Erbbaurecht belastet. Das in den Kapitalanlagen ausgewiesene Grundstück wird von der Öffentlichen Versicherung Bremen nicht selbst genutzt, sondern verpachtet.
- B II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

Die Position resultiert aus einer Beteiligung von 2,25 Prozent an der Stammeinlage (10,5 Millionen Euro) an der ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH.
- B II. 2. Beteiligungen**

Der Posten enthält folgende Beteiligungen: 0,25 Prozent des Nennbetrages (25,0 Millionen Euro) der Deutschen Rückversicherung Aktiengesellschaft Düsseldorf und Berlin und 1,27 Prozent des Stammkapitals (0,8 Millionen Euro) an der OEV Online Dienste GmbH.
- D I. Sachanlagen und Vorräte**

Die Zugänge im Geschäftsjahr betragen 8.894 Euro, die buchmäßigen Abgänge 56.360 Euro. Abgeschrieben wurden 1.831 Euro.
- E. Rechnungsabgrenzungsposten**

Dieser Posten enthält im Wesentlichen anteilige Zinsen für 2018, die erst in 2019 fällig werden in Höhe von 192.000 (206.104) Euro sowie vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 85.462 (108.364) Euro.

B. Versicherungstechnische Rückstellung	Versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt		Bruttorekstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen	
	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	1.924.073	2.958.989	1.346.151	1.954.584	323.253	734.526
Verbundene Wohngebäude	10.884.840	11.460.287	4.963.062	4.864.390	3.857.452	3.766.321
Verbundene Hausrat	2.266.670	2.066.414	672.021	679.857	701.097	436.763
Gesamtes Versicherungsgeschäft	22.922.513	24.194.408	12.152.988	12.781.238	6.241.507	6.307.889

- B V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen**

Die Rückstellung für drohende Verluste in der verbundenen Wohngebäudeversicherung in Höhe von 300.000 Euro wurde im Geschäftsjahr aufgelöst.

In den Sparten Wohngebäude-Sturm und Sturm bestand eine Verstärkung der Schwankungsrückstellung im Rahmen des Sturm-Kumulrisikos in Höhe von 670.000 Euro. Die Rückstellung wurde im Geschäftsjahr aufgelöst.

C II. Sonstige Rückstellungen

	2018	2017
	€	€
Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel	1.110.855	1.221.989
Noch nicht verdiente Provisionen	386.750	422.083
Erstellung, Druck, Veröffentlichung und Prüfung des Jahresabschlusses	179.362	173.362
Verpflichtungen aus Altersteilzeit	331.944	366.868
Mitarbeiterjubiläen	52.016	53.434
Urlaubsverpflichtungen, Tantieme und Gleitzeit	210.368	287.007
Beihilfeverpflichtungen	604.335	116.805
Übrige	137.463	157.554
Insgesamt	3.013.093	2.799.102

Die Rückstellung für Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel setzt sich zusammen aus dem Barwert der bereits erdienten zukünftigen Verpflichtungen von 1.378.850 Euro abzüglich der Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen von 267.995 Euro. Die Zuführungen (einschließlich Zinszuführungen) betragen 64.145 Euro. Die Zahlungen im Geschäftsjahr betragen 175.279 Euro.

In der Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Tantieme und Gleitzeit ist eine Rückstellung für die Umwandlung in Lebensarbeitszeitkonten über 91.106 Euro enthalten.

D. Andere Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Ebenfalls bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem bis zu fünf Jahren. Sämtliche Verbindlichkeiten bestehen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	Gebuchte Bruttobeiträge		Verdiente Bruttobeiträge		Verdiente Nettobeiträge	
	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	3.666.645	3.666.251	3.694.322	3.651.810	438.171	422.944
Verbundene Wohngebäude	12.139.297	11.778.758	12.106.743	11.652.283	4.799.214	4.610.479
Verbundene Hausrat	3.643.336	3.632.372	3.695.742	3.638.968	1.838.655	1.783.530
Gesamtes Versicherungsgeschäft	26.295.667	27.074.975	26.596.520	26.958.287	10.223.414	10.975.220

	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	
	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	1.002.298	1.227.522	1.018.424	1.342.452	- 246.521	- 289.075
Verbundene Wohngebäude	7.389.393	7.664.607	3.355.718	2.943.947	348.483	266.305
Verbundene Hausrat	1.491.327	1.368.978	1.065.540	930.533	287.576	385.624
Gesamtes Versicherungsgeschäft	12.551.528	13.408.800	7.579.981	7.775.485	873.351	1.613.672

Der Rückversicherungssaldo beträgt – 5.630.590 (– 3.309.699) Euro.

I 6 a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 3.407.562 (3.521.250) Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 4.172.337 (4.254.235) Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2018 €	2017 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.438.741	3.491.559
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	211.568	117.155
3. Löhne und Gehälter	1.841.026	1.679.383
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	310.855	358.090
5. Aufwendungen für Altersversorgung	927.815	285.050
6. Aufwendungen insgesamt	6.730.005	5.931.237

Anzahl der mindestens
einjährigen Versicherungs-
verträge im selbst
abgeschlossenen
Versicherungsgeschäft

	2018 Stück	2017 Stück
Feuer	5.256	5.308
Verbundene Wohngebäude	24.465	24.810
Verbundene Hausrat	21.654	22.246
Gesamtes Versicherungsgeschäft	100.554	102.228

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Es bestehen keine Resteinzahlungsverpflichtungen auf Aktienbestände, die in den Kapitalanlagen enthalten sind.

Mitarbeiter der Öffentlichen Versicherung haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Sinne von § 7 d Abs. 1 SGB IV Wertguthaben zur Lebensarbeitszeitverkürzung anzusammeln. Zum Insolvenzschutz dieser Wertguthaben wurde ein Treuhandkonto bei einem inländischen Kreditinstitut eingerichtet. Das Guthaben dieses Kontos beträgt 91.106 Euro zum 31.12.2018.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 1.036.000 Euro beschränkt.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 27 Angestellte im Innendienst.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 264.212 Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 179.863 Euro gezahlt.

An Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr insgesamt 23.090 Euro gezahlt. An Mitglieder des Beirates wurden im Geschäftsjahr insgesamt 20.760 Euro gezahlt.

Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf den Seiten 5 bis 8 angegeben.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 48.120 Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr – 2.737 Euro.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Veränderungen der Einschätzung der geschilderten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Es wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von – 209.544,48 Euro ausgewiesen. Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag mit den anderen Gewinnrücklagen zu verrechnen.

Bremen, den 30. April 2019

Der Vorstand

Frank Müller

Dirk Wurzer

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Absatz 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Zusätzlich zu dem im Abschnitt "Grundlage für die Prüfungsurteile" beschriebenen Sachverhalt haben wir den nachfolgend beschriebenen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist.

Einführung von SAP-Anwendungen für rechnungslegungsrelevante Prozesse

Sachverhalt und Problemstellung

Die Rechnungslegung der Öffentlichen Versicherung Bremen (ÖVB) wird seit dem 1. Februar 2018 durch die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die die Mehrheit der Trägerrechte hält, im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durchgeführt. Die ÖVB wird im Rechnungswesen der Landschaftlichen Brandkasse in einem separaten Buchungskreis geführt. Die gesamte Verarbeitung der Daten erfolgt analog der Verarbeitung der Daten bei der Landschaftlichen Brandkasse. Dies betrifft sowohl das Altsystem RW wie auch die neu eingeführten Komponenten. Das Vorgehen sollte die Rechnungslegung im Konzern der Landschaftlichen Brandkasse vereinheitlichen und diene der Vorbereitung der Übernahme des Geschäftsbetriebs der ÖVB durch die Landschaftliche Brandkasse. Zum 1. Januar 2019 (0:00 Uhr) hat die ÖVB ihren Geschäftsbetrieb auf die Landschaftliche Brandkasse übertragen.

Die Landschaftliche Brandkasse hat im Berichtsjahr die SAP-Standard-Software-Komponenten SAP NEW GL (Finanzbuchhaltung), SAP-CO (Controlling) und SAP FS-CD (In- und Exkasso) eingeführt. SAP-FS-CD wurde im Berichtsjahr ausschließlich hinsichtlich Provisionen produktivgenutzt. SAP-CO wird im Rahmen der Jahresabschlussaufstellung zur Verteilung der Kosten auf die Funktionsbereiche eingesetzt. Zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2018 wurde erstmals SAP NEW GL als Hauptbuch verwendet. Das Altsystem RW wird weiterhin als Nebenbuch für wesentliche Prozesse genutzt. Zur Abschlusserstellung bestehen einerseits Buchungen, die aus den Vorsystemen direkt nach SAP NEW GL übertragen werden. Andererseits bestehen Buchungen, die wie bisher aus den Vorsystemen in das Altsystem RW übertragen werden und anschließend nach SAP NEW GL überführt werden.

Das Risiko für den Jahresabschluss besteht insbesondere aufgrund der umfangreich notwendigen Schnittstellenanpassungen im Hinblick auf vollständigen, richtigen und zeitgerechten Datenaustausch. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass Saldovorträge aus dem Altsystem RW nicht korrekt in SAP NEW GL migriert wurden und damit die Eröffnungsbilanzdaten fehlerhaft sind.

Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

1. Würdigung der systemischen Umsetzung der Einführung der SAP-Standard-Software-Komponenten bei der Landschaftlichen Brandkasse.

Die Einführung von SAP New GL und SAP FS-CD bei der Versicherungsgruppe Hannover, zu der auch die Landschaftliche Brandkasse gehört, wurde von deren Abschlussprüfer projektbegleitend gemäß IDW PS 850 geprüft. Der Zwischenbericht von Dezember 2018 lag uns zur Prüfung vor. Wir haben den Zwischenbericht kritisch gewürdigt.

Der Abschlussprüfer der Landschaftlichen Brandkasse hat die Einführung von SAP-Anwendungen für rechnungslegungsrelevante Prozesse bei der Landschaftlichen Brandkasse als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt im Bestätigungsvermerk aufgenommen. Der Abschlussprüfer kam zu dem Ergebnis, dass die Umsetzung des Projektes im Rahmen der Einführung des IT-gestützten Rechnungslegungssystems der Anstalt geeignet ist, um die sich aus den gesetzlichen Anforderungen ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen zu gewährleisten. Wir haben den Abschlussprüfer der Landschaftlichen Brandkasse zu seinen Ergebnissen hinsichtlich der Prüfung der Einführung der SAP-Anwendungen für rechnungslegungsrelevante Prozesse befragt.

2. Prüfung der korrekten Übernahme des Datenbestandes der ÖVB

Wir haben die Übernahme der Saldovorträge der ÖVB per 1. Januar 2018 in das System der Landschaftlichen Brandkasse lückenlos auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Danach sind die Eröffnungsbilanzwerte vollständig und richtig in SAP NEW GL übertragen worden.

Nach der Würdigung der Aussagen des Abschlussprüfers der Landschaftlichen Brandkasse sowie den Erkenntnissen aus unseren ergänzenden Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass das Projekt der Einführung des IT-gestützten Rechnungslegungssystems der Landschaftlichen Brandkasse geeignet ist, um die sich aus den gesetzlichen Anforderungen ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen auch für die ÖVB zu gewährleisten. Die Übernahme und Verarbeitung der Eröffnungsbilanzwerte der ÖVB durch die Landschaftliche Brandkasse erfolgte ordnungsgemäß.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Anstalt.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 15. Mai 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 4. Dezember 2018 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1990 als Abschlussprüfer der Öffentlichen Versicherung Bremen, Bremen, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Rolf Söhle.

Bremen, den 2. Mai 2019

FIDES Treuhand GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

ppa.

(Spanier)
Wirtschaftsprüfer

(Söhle)
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Öffentlichen Versicherung Bremen hat während des Berichtsjahres aufgrund regelmäßiger Berichterstattung die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In den drei turnusmäßig stattfindenden Sitzungen berichtete der Vorstand über die Geschäftslage, Geschäftsentwicklung und Risikosituation der Öffentlichen Versicherung Bremen. Mit ausführlichen Berichten über den Geschäftsverlauf hat der Vorstand quartalsweise schriftlich informiert.

Weitere Themen waren die Berichterstattung über die Kapitalanlagestrategie, die Einordnung der aktuellen Risikosituation anhand der SFCR-Berichterstattung sowie die Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit. Vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Trägerstruktur der ÖVB hat der Vorstand Perspektiven zur Weiterentwicklung der ÖVB-Strukturen aufgezeigt. Unter Aufrechterhaltung des Standortes Bremen und Fortführung der Marke ÖVB wurde eine Übertragung des gesamten Versicherungsbestands und ein Betriebsübergang zum 1.1.2019 auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover intensiv diskutiert und beschlossen. Entsprechenden Satzungsänderungen wurde seitens des Aufsichtsrats zugestimmt. Die Genehmigungen zur Bestandsübertragung wurden seitens der Bundesanstalt für Finanzaufsicht und der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen rückwirkend erteilt. Die ÖVB hat somit den Geschäftsbetrieb für Versicherungen zum 1.1.2019 eingestellt.

Die FIDES Treuhand GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Abschlussprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor und empfiehlt der Trägerversammlung, über die Gewinnverwendung entsprechend dem Vorschlag des Vorstands zu beschließen.

Aufsichtsrat und Vorstand bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben ihre Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr an diesen Grundsätzen ausgerichtet.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern am Standort Bremen für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Bremen, den 8. Juli 2019

Hermann Kasten
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

ÖVB

Öffentliche Versicherung Bremen

Martinstraße 30

28195 Bremen

Telefon (0421) 3043-0

Telefax (0421) 3043-4733

service@oebv.de

www.oebv.de